

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erste Zeit

erschient zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 3,00 Mk.,
bei allen Postanstalten 3,50 Mk.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

für die einspaltige Zeitzeile ober deren Raum 40 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 36.

Preis Nr. 36

Mittwoch, den 5. Mai 1920.

Preis Nr. 36

42. Jahrg.

Die Reichstagswahlen.

Berlin, 30. April. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 30. d. Mts. die Hauptwahl zum Reichstage auf den 6. Juni anberaumt, gleichzeitig hat er auf Grund der Ermächtigung des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß in ganz Ostpreußen, in ganz Oberschlesien und ganz Schleswig-Holstein, sowie in dem der Abstimmung unterliegenden Teile des Reiches Namslau die Wahlen aufgeschoben werden. Die Bestimmung des Wahltages für diese Reichsteile bleibt vorbehalten. Die Wahlen in Ostpreußen und in Oberschlesien werden erst nach erfolgter Volksabstimmung stattfinden. In den Reichsteilen, in denen die Wahlen aufgeschoben sind, haben alle Vorbereitungen vorerst zu unterbleiben. Der Reichsminister des Innern wird fernerjelt bestimmen, wann dort die Wahlvorbereitungen in Angriff genommen werden können.

Die Regierung an die Abstimmungsgebiete.

Berlin, 30. April. Reichspräsident und Reichsregierung erlassen einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

An die Deutschen in Oberschlesien, in Ostpreußen, in Schleswig-Holstein, in Eupen, in Walen und dem Saargebiet.

Am 6. Juni soll der deutsche Reichstag gewählt werden. Aus Rücksicht auf die Abstimmungsgebiete war ursprünglich die Wahl erst für die Zeit nach der Ernte in Aussicht genommen. Die Ereignisse des 13. März stellten die Regierung vor eine neue Lage. Ein Aufruf an das deutsche Volk, an die Wahlurne heranzutreten, war unvermeidlich geworden.

Die Bewohner der Abstimmungsgebiete werden an dieser Wahl nicht teilnehmen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Abstimmungsgebiete am Tage der Entscheidung mit überwältigender Mehrheit beibehalten werden, für alle Zeit bei Deutschland verbleiben zu wollen. Dieser Gedanke befreit das gesamte Deutschland in diesen Gebieten ohne Unterschied der Parteilichung. Nicht zu verantworten wäre es, wenn die deutsche Einheitsfront, die sich überall in den Abstimmungsgebieten gebildet hat, durch den Wahlkampf gefährdet würde. Nur die Liebe zum gemeinsamen, hart bedrängten und doch so teuren Vaterlande darf unser Handeln bestimmen.

Reichsregierung und Nationalversammlung sind daher, wenn auch schweren Herzens, überkommen, die Reichstagswahl in den Abstimmungsgebieten und in ihren unmittelbar benachbarten Reichsteilen bis nach der Entscheidung zu verschieben.

Wenn sonach die Bevölkerung in den einzelnen Wahlbezirken am 6. Juni nicht zur Wahl schreitet, bleibt sie doch nach wie vor untrennbar mit der deutschen Volksgemeinschaft verbunden. Das Recht, Männer und Frauen Eures Vertrauens in den deutschen Reichstag zu entsenden, wird Euch zuteil werden, sobald die Hinderungsgründe nicht mehr bestehen: bis dahin gelten die für diese Bezirke für die Nationalversammlung entsandten Vertreter als Abgeordnete des Reichstages.

Drei Fragen!

Paris, 30. April. Wie der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, hat ihm eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Lloyd Georges versichert, der deutsche Kanzler müsse in Spa die folgenden drei Fragen beantworten:

1. Warum hat Deutschland so oft den Vertrag verletzt?
2. Wie will es dem in der Zukunft vorbeugen?
3. Welches sind die wirklichen Quellen, über

die Deutschland verfügt und welches sind seine Zahlungsmöglichkeiten?

Der Eindruck der englischen Regierung sei, daß die Regierung von Berlin sich loyal bemühe, alles zu tun, was ihr möglich sei, um den Friedensvertrag auszuführen. Man glaube, daß die Regierung von Berlin jede Hoffnung aufgegeben habe, den Friedensvertrag zu revidieren.

Lloyd George über Deutschlands Zukunft.

London, 2. Mai. Ueber die Frage der Wiedergutmachung äußerte sich Lloyd George u. a. dahin, Deutschland werde nicht immer hilfsbedürftig wie jetzt bleiben. Es wird sich wieder aufrichten. Wir wollen wissen, welche Maßnahmen es dazu ergreifen will. Wenn die deutschen Minister mit vernünftigen Vorschlägen über die Entschädigungssumme, über die Zahlungsbedingungen usw. nach Spa kommen, so können sie versichert sein, daß die Entente eine unparteiische Rücksichtnahme gewähren wird. Sie müssen aber als solche nach Spa kommen, die entschlossen sind, auf der jetzigen Grundlage des Versailler Vertrages zu verhandeln. Lloyd George schloß mit der Versicherung, daß die Konferenz von San Remo einen bedeutenden Schritt vorwärts zum wirklichen Frieden und zur Gesundung Europas bedeutet habe.

Eine englische Mahnung an Polen.

London, 2. Mai. Die „Daily News“ bringt einen Leitartikel mit der Überschrift „Ein verbrecherischer Krieg“ und sagt, es sei Torheit, zu erwarten, daß Polen siegen könne. Das polnische Aufstreten sei eine Herausforderung gegen die Grundzüge des Völkerbundes.

Ablehnung des Achtstundentages in Amerika.

Amsterd., 2. Mai. Aus Washington wird gemeldet: In der letzten Sitzung der außerordentlichen Session des Parlaments bekräftigte die Regierung die in sozialistischen Blättern veröffentlichten Berichte, daß sie es für undurchführbar halte, den auf dem Washingtoner Arbeiterkongress geforderten Achtstundentag allgemein einzuführen.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft doch endlich einsehen wollte, wie sehr sie sich mit der Einführung des Achtstundentages in das eigene Fleisch schneidet. Je weniger bei uns gearbeitet wird, desto schneller überflügeln uns die andern Länder und machen uns Wiederaufrichtung der deutschen Industrie unmöglich. Der deutsche Arbeiter wird dann Zeit lebens für Fremdböller arbeiten oder auswandern müssen.

Deutschland verlangt sofortige Räumung Frankreichs.

Berlin, 3. Mai. Eine Note der deutschen Regierung ersucht, da die neutrale Zone von den deutschen Truppen geräumt ist, um unverzügliche Räumung Frankreichs und der besetzten Gebiete des Marneaus.

Rumänens Staatsguld.

Bukarest, 1. Mai. Finanzminister Argentelescu erklärte, daß die Staatsguld auf 30 Milliarden gestiegen sei.

Revolution in Posen?

Breslau, 3. Mai. Nach hierher gelangten Nachrichten herrscht in Posen große Erregung. Früher polnisch gefinnte Kreise unterstützen die Bestrebungen nach Wiederherstellung von Kongress-Polen. Die Grenzpolizei soll das Bekanntwerden dieser Launen verhindern.

Die Kronprinzessin von Schweden f.

Stockholm, 1. Mai. Kronprinzessin Margarete von Schweden ist am 1. Mai nachmittags kurz vor 1/3 Uhr verstorben. Die Prinzessin war vor kurzem an Pestchrose erkrankt. Dazu hatte sich eine Blutvergiftung gesellt, die zum Tode führte.

Oberschlesien.

Ministerrundgebungen an die Bevölkerung Oberschlesiens.

Dresden, 30. April. In der Freitagabend erscheinenden „Oberschl. Landesztg.“ in Deutchen veröffentlicht Reichsminister Dr. Koch folgende Rundgebung an die Oberschlesier:

Jeder Oberschlesier muß sich darüber klar sein: Deutschland ist ein sozialer Staat, in dem der demokratische Gedanke siegte und sich siegreich erhalten hat, in dem soziale Einrichtungen zum Besten der wertvollsten Bevölkerung bestehen, wie sie kein anderes Land der Welt besitzt, z. B. musterghllige Krankenhäuser, eine vorbildliche soziale Versicherung und außerordentliche Bildungsanstalten. Vor allem gleiches Recht für jedermann und wahre demokratische Freiheit. Der gesunde Sinn des Oberschlesiers wird ihm zeigen, wohin er gehört. Nur bei Deutschland kann Oberschlesien gedeihen.

Ferner veröffentlicht der preussische Ministerpräsident Braun folgende Rundgebung:

Der Oberschlesier will sich seine Eigenart erhalten, er will Oberschlesien in erster Linie bleiben, und er soll es bleiben. Preußen ist fest entschlossen, für die neugeschaffene Provinz Oberschlesien alles zu tun, was in seinen Kräften steht. Preußen wird den Oberschlesiern lassen, was den Oberschlesiern gehört. Die Oberschlesier deutscher und polnischer Nationalität sollen bei gleichen Rechten und Pflichten friedlich und brüderlich nebeneinander leben. Im demokratischen Deutschland gibt es keine Sondergesetze und Ausnahmegesetze mehr. Die völlige Eigenart eines jeden wird gewahrt bleiben. Der Oberschlesier polnischer Nationalität, der nach Abstimmung zu Deutschland kommt, soll sich nicht zu beklagen brauchen über Hintansetzung. Gleiches Recht für alle, lautet des Deutschen Reiches freierwilliger Wahlspruch. Wir unterscheiden nicht deutsche und polnische Oberschlesier, wir kennen nur Oberschlesier. Sie haben mit dem Reiche und dem gemeinsamen deutschen Vaterlande lange Jahre schwer gelitten und gedurft. Der früheste friedlichen Austausches sollen sie jetzt teilhaftig werden. Daß sie es ernten, das können die Oberschlesier selbst entscheiden, durch ihren eigenen Willen am Tage der Abstimmung: Wir bleiben deutsch!

Einspruch gegen die Bedrohung Oberschlesiens.

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins hat gegen das Vorgehen der Polen in Oberschlesien nachstehende Entschliessung der Reichs- und Staatsregierung unterbreitet:

Die Veröffentlichung der Geheimbefehle der polnischen Regierung in Warschau an die polnische Abstimmungskommission in Oberschlesien unter Korfanti hat jeden Zweifel ausschließend den Beweis erbracht, daß die polnische Regierung unter Bruch des Versailler Vertrages Oberschlesien mit Waffengewalt zu besetzen und der Volksabstimmung so unvorbereitet zu befehlen und daß diese polnischen Bestrebungen von dem französischen Teil der internationalen Kommission in Oberschlesien offensichtlich billigt zu werden scheinen.

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins erhebt schärfsten Einspruch gegen diese Bestrebungen und richtet an die Reichsregierung die dringende Bitte, bei der internationalen Kommission in Oberschlesien und dem Rat der feindlichen Alliierten in Paris gegen die den Versailler Vertrag verletzenden Bestrebungen des Polentums und ihrer Unterstützung durch die Franzosen in Oberschlesien Protest zu erheben und die sofortige Entfernung Korfantys und der

§ (Polendemonstration.) Am vergangenen Sonntag haben die Polen oder besser gesagt die polnischsprechenden Bewohner in verschiedenen Orten Oberschlesiens den 8. Mai —

Im Jahre 1798 an diesem Tage erhielt das damalige Polenreich die erste Verfassung — durch Demonstrationen gelehrt. Die Interalliierte Kommission hatte die für diesen Tag geplanten Versammlungen genehmigt. In unserer Stadt Sobran fanden sich die Bewohner aus etwa 30 Dörfern der Umgebung aus den Kreisen Blü und Rybnik mit ihren Dorfkapellen ein. Viele der Teilnehmer trugen nationale Abzeichen und Fahnen, auf denen der polnische Adler zugleich mit religiösen Bildern prangte. Nach einem Wagnis in der Stadt, wodurch derselben ein eigenartiges Gepräge gegeben wurde, zumal fast ausschließlich Dorfbewohner daran teilnahmen, marschierte der Zug auf dem Wege auf. Hier hielten die Vorkämpfer Barrer Miegel Warkow, Barrer Kossel, Timmerhof und Apotheker Balby Sobran die bereits seitlang bekannten Agitationstendenzen. Alsdann zog der größte Teil der Demonstranten wieder nach Hause, während der kleinere Teil nach dem Stadtwald marschierte. Die Demonstration in der Stadt verlief in Ruhe und Ordnung, die deutsche Bevölkerung verhielt sich ruhig, würdevoll und zurückhaltend. Gegen Abend 5 Uhr, als die polnischen Demonstranten aus dem Stadtwald wieder einmarschierten und auf dem Wege Aufstellung nahmen, kam es zu einer Gegenemonstration von deutscher Seite aus. Einige junge Leute stimmten patriotische Lieder an, bald fanden sich von allen Seiten deutsche Bürger ein und in kurzer Zeit waren die Menge zu mehreren hundert zusammen — Männer, Frauen und Kinder, die patriotische Lieder singend die Stadt durchzogen. Es war eine erhebliche Kundgebung, impulsiv aus treubewussten Herzen hervorströmend, und legte wieder einmal Zeugnis ab, daß die Bewohner unserer Stadt treu zum deutschen Reiche hielten. Mögen sie diesen treubewussten Geist weiter bewahren zu ihrem eigenen Glanz und Segen!

(Polnische Aufstellungen in Woscheg.) Bisher vormittag kam es in Woscheg zu Unruhen, hervorgerufen durch einen polnischen Agitator, welcher die Menge gegen einige Deutsche führte, darunter den Stellvertreter Krell ausfuhrte. Dieser mußte unter Mißhandlungen flüchten und fand Schutz im polnischen Gasthaus, wohin die Menge folgte und eine bedrohliche Stellung einnahm. Später wurde auch die Oberkassierin bedroht und in folgedessen die Sicherheitspolizei zum Schutz angewandt. Als von derselben bald darauf eine Anzahl Mannschaften im Kasino eintraf, waren die Unruhen scheinbar verschwunden. Die Sicherheitspolizei stellte hierauf die Ruhe und Ordnung wieder her.

(Angefallene) wurde am Montag früh der Anschläger Schüttel von hier, als derselbe in der 3. Morgenrunde zur Schicht nach der Grabgrube ging. Im Woschegyer Walde fiel plötzlich ein Räuber über ihn her, und es entspann sich ein Handgemenge; als noch zwei weitere Banditen hinzutraten, ergriff Schüttel die Flucht, worauf einer der Banditen einen Schuß nach ihm abgab, der ihn am Kopsse leicht verletzte.

(Eine weitere Spende des Papstes für die deutschen Krieger.) Wie die „Allg. Volkszeitung“ mitteilt, hat der Papst an den Kölner Erzbischof Dr. Joseph Schulte eine Spende von 500000 Lire (1246114 Mark) für die kriegswunden deutschen Krieger abgemittelt.

(Oberschlesien, mein Heimatland) Dieser und Todtlicher Heinrich Suppa in Adolfschütte, der durch seine Kompromission weit über die Grenzen unserer engsten Heimat hinaus einen Ruf genießt, bisetzte uns Oberschlesien ein neues Heimatlied: „Oberschlesien, mein Heimatland“ das dem 1. Aprilfest der „Zeitschrift für Musik“ in Leipzig beigegeben ist. Heinrich Suppa, am 19. Juli 1869 zu Rosenburg geboren, ist seit 1895 in Adolfschütte als Lehrer und Musikdirektor tätig. Sein neues echt volkstümlich gehaltenes Werk dürfte ihm zu seinen alten Freunden neue Anhänger gewinnen.

(Katholische Volkspartei (Zentrum) und Oberschlesische Volkspartei.) Mit Bezug auf die in Oberschlesien eintreffenden Verfassungen für die neuangebildete ober-schlesische Volkspartei, die den Aufbruch Oberschlesien an die Republik Polen betreibt und namentlich die deutschen Katholiken zu gewinnen sucht, erklärt der Vorstand der katholischen Volkspartei Oberschlesien, daß jeder Anhänger der katholischen Volkspartei beitrifft, damit den Boden der katholischen Volkspartei, des alten Zentrums verläßt.

(Was kostet die heutige Lebenshaltung?) Ein Statistiker schreibt: Bei der gegenwärtigen Lebenslage für die zur vollständigen Lebenshaltung erforderlichen Lebensmittel und Gegenstände — und nur von diesen allerdinglichsten Bedürfnissen soll hier die Rede

sein — gewinnt diese Frage immer größeres Interesse, welche Summe man heute als dieses Existenzminimum ausgeben muß. Der Mensch ist ja nun nicht für ganz Deutschland und für alle Gebiete einheitlich festzustellen, auch gibt es Unterschiede zwischen Stadt und Land. Auch diese letzteren sind nicht auf eine einheitliche Formel zu bringen. Immerhin kann man einen gewissen Durchschnitt feststellen, der sich für die Städte freilich erhöht, während er sich für das Land hier und da niedriger stellt. Im allgemeinen kann man sagen, daß heute gegenüber den Preisen vor dem Krieg das Brot zweifach so viel, das Fleisch je nach so viel, Milch acht- bis zehnmal so viel, Zucker sechs- bis siebenmal so viel, Kartoffeln zehn- bis zwölffach so viel, Butter zehn- bis vierzehnmal so viel, Margarine zehn- bis zwölffach so viel und Schmalz sogar acht- bis zehnmal so viel mehr kostet. Nahrungsmittele, die nicht rationiert sind, weisen noch eine viel höhere Steigerung auf. Von den rationierten Lebensmitteln allein kann schon wegen ihrer geringen Mägenmenge heute niemand mehr leben. Es müssen also Einkäufe gemacht werden, die aber wiederum zu höheren Preisen erfolgen. So berechnet man, daß für eine einzelne Person heute als unbedingt notwendige Ausgabe allein für Lebensmittel pro Woche 60 bis 70 Mark gegenüber 6 bis 7 Mark im Jahre 1914 ausgegeben werden müssen. In diesem Maßstabe gewinnt es sich, daß die Mark heute in Deutschland nicht mehr als zehn Pfennig gilt.

(Es muß ein anderer Weg gefunden werden.) Im „Korrespondenz“, dem Organ des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes lesen wir in Nummer 37:

„Wollt man uns aus dem Elend heraus, so müssen andere Wege beschritten werden. Die Lohnforderung bedeutet jetzt weitestens Verarmung des Volkes. Wo großer Mangel ist, nützt auch die Lohnforderung nichts. Hierfür ein Beispiel: irgendeine Gruppe von Arbeitern würde durch den Druck auf das Unternehmertum einen Wochenlohn von 1000 Mark erziehen. Das würde bedeuten, daß die Gruppe von Arbeitern der anderen Arbeiterschaft gegenüber konföderativer wäre. Sie würden durch ihre Konföderation das Weisse an Waren noch verringern und die Preise würden durch die Nachfrage noch mehr steigen. Die übrige Arbeiterschaft wäre dann noch weniger in der Lage, sich irgendwelche Gebrauchsgüter kaufen zu können.“

Der Verfasser dieses Artikels will nach anderen Wegen suchen, um aus dem Elend herauszukommen. Im Unternehmertum und der Arbeiterchaft sieht er zwei Faktoren von größter Bedeutung. Die möchte er zusammenbringen, „insofern“ äußert er seine Meinung, daß die Gewerkschaftsbewegung richtig ist, zur Förderung des Wohlstandes. „Aber das ist nicht möglich, dann wird bestimmt aus Deutschland ein Trümmerschaufenster.“

(Apothekenpreise für Zinte.) Die Preise für Zinte sind wiederum gewaltig erhöht worden. Wo kleine Flaschen, das vor dem Kriege zehn Pfennig kostete, muß heute mit 3 Pfennig bezahlt werden. Vor Monatsfrist konnte man das Glaschen noch mit 1,50 Mark kaufen.

(Pronobis nicht in Sosnowitz.) Die „Gazeta Ludowa“ wußte kürzlich zu melden, daß der Verfasser der bekannten Broschüre über den polnischen Aufstand in Oberschlesien, Alois Pronobis aus Wittkow, in Sosnowitz verhaftet worden sei. Der angeblich Verhaftete dementiert diese Mitteilung, indem er sich in Sosnowitz befindet und um Veröffentlichung folgender Erklärung bat:

Die vor einigen Tagen in Zeitdruck sitzende „Gazeta Ludowa“ angebrachte Mitteilung von meiner Verhaftung in Polen ist eine tendenziöse Lüge, die diese Zeitung schon aufgedeckt hat. Ich werde mich nicht, nach meinen trübenden Erfahrungen bei der polnischen Kommission schon hätte, zu ihr zu laufen.

(Ein Schulz zum Tode verurteilt.) Das außerordentliche Kriegsgericht in Weasel hat in der vorgeschriebenen Sitzung durch drei Abkömmlinge am 17. d. Mts. den Eisenbahner Christian Kopp aus Duisburg wegen Mordversuchs und schweren Diebstahls zum Tode verurteilt. Kopp hat nach seinem eigenen Geständnis am 23. März in Völp-Schloß bei Weasel den dort im Keller mit anderen Gefangenen eingekerkerten Leutnant Weber von der Reichswehrbrigade eigenmächtig herabgeholt und zusammen mit anderen Leuten im Hofe niedergeschossen. Die Täter liefen dann durch Rauchschwaden schwer verkleidete Offiziere, damit er noch länger die Schmerzen aushalten sollte. Später hat ein Kompanieführer der Roten Armee dem bedauernswerten Offizier mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten. Kopp hat

daran die Kehle beraubt. Bei dem Versuch, die Leiche des Ermordeten zu verkaufen, wurde er einige Tage später verhaftet. Der Reichspräsident hat es in diesem Falle angeordnet, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen.

Die große Portoverteuerung.

Bei 111, 30. April. Am 6. Mai treten in Deutschland für den inneren Postverkehr folgende verteuerte Gebührensätze ein:

Es kostet der Brief bis zu 20 Gramm 40 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 60 Pfg. Dabei bleibt es für gleich, ob es sich um einen Orts- oder Fernbrief handelt. Das Porto für die Postkarte beträgt 30 Pfg. Auch in dieser Hinsicht wird es für den Orts- oder Fernbrief keine Unterschiede gemacht.

Das Porto für die Drucksache beträgt bis zu 50 Gramm 10 Pfg., über 50 bis 100 Gramm 20 Pfg., über 100 bis 250 Gramm 40 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 60 Pfg. und über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 80 Pfg. Das Geschäftsporto kostet bis zu 250 Gramm 40 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 60 Pfg. und über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 80 Pfg.

Die Warenprobe kostet bis 250 Gramm 40 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 60 Pfg.

Die Mißgebühren (zusammengedruckt aus Drucksaßen, Geschäftsproben und Warenproben) bis 250 Gramm 40 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 60 Pfg. und über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 80 Pfg.

Das Päckchen, das als Mißgebühren knapp ein Viertel der Art ist und sich großer Beliebtheit erfreut, kostet künftig bis 1 Kilogramm 1 Mark. Demzufolge wird aus dieser Hinsicht noch, daß sowohl Geschäftsproben als auch Briefe das Päckchen häufig postlagernd versenden. Das ist unzulässig. Das Päckchen ist nur für den inneren deutschen Postverkehr bestimmt, es ist aber nach dem Freischiffen Dänzig, dem Rastenburg und Bismarck (frühere Provinzen) und Ostpreußen zugelassen. Nicht oder unzulässig freigelegte Päckchen werden nicht befördert.

Die Paketgebühren betragen bis 5 Kilogramm in der Postzone 1,25 Mark, in der Fernzone 2 Mark, über 5 bis 10 Kilogramm in der Postzone 2,50 Mark, in der Fernzone 4 Mark, über 10 bis 15 Kilogramm in der Postzone 3 Mark, in der Fernzone 5 Mark, über 15 bis 20 Kilogramm in der Postzone 3,50 Mark, in der Fernzone 6 Mark, über 20 bis 25 Kilogramm in der Postzone 4 Mark, in der Fernzone 7 Mark.

Für Briefungen werden erhoben (außer der Gebühr für eine gleichartige gewöhnliche Postsendung): a) die Einschreibgebühr von 30 Pfg., b) die Versicherungsgeldgebühr. Letztere beträgt bei Wertbriefen bis zu 1000 Mark Beträge oder einen Teil von 1000 Mark 1 Mark; bei Wertpapieren bis 500 Mark 1 Mark, über 500 bis 1000 Mark 2 Mark, über 1000 Mark für jede weitere 1000 Mark (oder Teile davon) 2 Mark. Auch Briefungen müssen vollständig freigemacht werden, sonst ist die Beförderung ausgeschlossen.

Die Postanweisung kostet bis zu 50 Mark Einschreibung 50 Pfg., über 50 bis 250 Mark 1 Mark, über 250 bis 500 Mark 1,50 Mark, über 500 bis 1000 Mark 2 Mark.

Die Postanweisung ist ebenfalls vollständig freigemacht. Einmal ist noch die Art b) erhöht auf 1 Mark und der Nachschuß auf 1,20 Mark erhöht worden.

Schließlich hat noch bestimmt, daß die Postverwaltung für jeden Punkt eines in Bezug gesetzten Paktes 10 Mark vergütet. Bisher betrug die Entschädigung 5 Mark. Außerdem ist nach der Erklärung des Reichslands für Briefe, Postkarten, Drucksaßen und dergl. zu erwarten. Das Porto für Pakete und Telegrammgebühren wurde schon erhöht.

(Überflüssige Postwertzeichen.) Die herkömmliche Postartikellösung wird eine bedeutende Vereinfachung des Postwertzeichenverkehrs bringen. Die übrigen Marken zu 5, 15, 25, 35, 75, Pfg. werden überflüssig. Es bleiben die Werte zu 10, 30, 40, 50, 60, 80 und 100 Pfg., ferner die Werte zu 1,25 und 2,50 Mk. Neu sind die Werte zu 2, 4, 5, 8 und 12 Mk. Die alten Wertzeichen werden vorläufig aufgebraucht. Seit Jahresfrist werden also namentlich 14 Postwertzeichen, die im Briefe waren, überflüssig. Die alten Marken zu 2, 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pfg. können vorläufig noch verwendet werden.

Bekanntmachung.

Folgende Anordnung des Kreiskontrollors bringt in der Veröffentlichung zur Kenntnis:

Die Richtigungs- und Bleichschmelzungen für Niederschlesien hat die Verwaltung der Kartoffelration um 1000 gr. für den Kopf und für die Woche vom 3. Mai 1920 ab beschlossen. Die vormals hiezu Zulassung bezieht sich nur auf die Versorgungsberechtigten und erfolgt auf die allgemeine Kartoffelkarte. Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 27 Pfg. pro Pfund.

Außerdem ist den Versorgungsberechtigten eine Aufzählung an Roggenmehl von 500 gr. pro Woche und Person vom 26. 4. ab gewährt. Die Zulassung erfolgt auf Grund einer besonderen Aufzählung. Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 70 Pfg. pro Pfund.

Sobran OS., den 4. Mai 1920.

Der Magistrat. J. B.: Haering.

Geld gegen monatliche Rückzahlung

berleiht
B. Calderarow, Hamburg 51

Bekanntmachung.

Nach § 11 Abs. 1 a der Maß- und Gewichtordnung vom 30. Mai 1908 müssen die im öffentlichen Verkehr benutzten Maß- und Weagegeräte alle 2 Jahre der Nachschau unterworfen werden. Die Gewerbetreibenden und Handwerker werden demnach aufgefordert, sämtliche in ihrem Betriebe befindlichen Waagen, Flüssigkeitsmaße, Messwerkzeuge für Volumen und dergl., Hochmaße, Gewicht und Waagen in der nachstehenden Sohrau (Schäferstr. 178/79, Schlossermeister Bach) vorläufiglich in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags vorzulegen und zwar vom 8. bis 14. Mai 1920.

Außer den in offenen Verkaufsstellen angelegten Gewerbetrieben sind zur Nachschau der Maß- und Weagegeräte verpflichtet:

- Gewerbetreibenden und Konsumverleiher, auch insoweit ihr Geschäftsbetrieb sich auf die Waagen beruht,
- Firmen, deren Handelsverkehr sich in Räumen abspielt, in denen zur Bestimmung des Umfanges von Leistungen für Preise gemessen oder gewogen wird (z. B. Groß- und Verkaufsstellen),
- Fabrikbetriebe, in welchen zur Ermittlung des Arbeitslohns Maß, Gewicht und Waagen angewendet werden,
- Personen, welche aus der Handwerkskraft oder einem Zweige derselben, wie z. B. Färberei oder Steinmetz, Fälscher, Oden- und Schmiedeleute, einen fortgesetzten Gewinn ziehen und bei denen das Maß der Erzeugnisse so weit über den eigenen Bedarf hinausgeht, daß ein regelmäßiger Absatz der Erzeugnisse unter Verwendung von Meßgeräten stattfindet.

Alle Meßgeräte sind in gut gereinigtem Zustande einzuliefern; Waagen müssen mit den zugehörigen Schalen vorgelegt werden.

Die Eingabe der Geräte erfolgt nach Beendigung der Schicht durch die unterzeichnete Gemeinde.

Sohrau O.S., den 29. April 1920.

Der Magistrat. J. B.: Hartig.

Bekanntmachung.

Gegen 1 Abschnitt der Krankenkarte (Ausgang) wird in den Geschäftsböck, Schleier und Hallas gegen Abgabe der Summe 1360 gr. Krankenkarte verabfolgt. Preis 72 Pfg. pro Pfund.

Gegen einen Abschnitt der Krankenkarte 2-4 Jahren wird bei dem Bäckermeister Swierkott je 2 Pack Rente verabfolgt. Preis 60 Pfg. pro Paket. Die Bezugsschritte sind bis Donnerstag abzugeben, die Warenausgabe erfolgt am Montag.

Gegen Abschnitt Nr. 46 der blauen Lebensmittelskarte wird bei den Kaufleuten Glos und Neumann 200 gr. Gerstenmehl — 2/2 Roggenmehl, 1/1 Weizenmehl — verabfolgt. Preis pro Pfund 80 Pfg.

Die Bezugsschritte sind bis Donnerstag abzugeben. Die Warenausgabe erfolgt am Montag.

Gegen 1 Abschnitt der Nahrungsmittelskarte wird bei dem Kaufmann Schmidetzki 125 gr. Butter verabfolgt. Preis 3,00 Mk. Die Bezugsschritte sind bis Donnerstag abzugeben, die Warenausgabe erfolgt am Montag.

Für die laufende Woche erhält die eingetragene Milchlieferantinnen B und C bei dem Kaufmann Borinski 2 Dosen Kondensmilch verabfolgt. Die Ausgabe der Milch erfolgt ab Donnerstag und nur gegen Abgabe von besonderen Zetteln, die im Zimmer 2 am Mittwoch zu holen sind.

Sohrau O.S., den 4. Mai 1920.

Der Lebensmittelausschuss.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag den 6. d. Mts. gelangt in allen hiesigen Fleischverkaufsstellen je Kopf 100 gr. amerikanisches Schweinefleisch zum Preise von 14,80 Mk. für 1 Pfund zum Verkauf.

Sohrau O.S., den 4. Mai 1920.

Der Magistrat. J. B.: Hartig.

Curt Müller, Beuthen O.-S.

Färberei und chemisches Reinigungswerk.

Größtes und modernstes Unternehmen Oberschlesiens.
30 eigene Läden. 30 eigene Läden.

Filiale: Sohrau, Breitestraße 65

im Hause des Herrn Julius Hensel

empfeilt sich zum Reinigen und Färben

Sauberste Ausführung.

Schnellste Lieferung.

Felinkosthaus R. Schmidetzki

empfeilt für die warme Jahreszeit:

Rosinen-Pudding

Mandelchen-Pudding

Konsum-Pudding

alles nur erstklassige Ware.

Voraussichtlich Donnerstag eintreffend:

frische Seefische Bratheringe

Bismarckheringe

ff. Eiergrauen.

1 Paar weiße Damenschuhe,

Größe 37, sind abgegeben.

August Gornik, Schuhmacher.

Reichenberger's Zahnateller

Sohrau O.-S.,

— Ring Nr. 129. —

Zahnziehen, Plomben, Stiftzähne, künstl. Zahnersatz.
— Umarbeitung schlechter Zahnersatz.
— Gebisse. Reparaturen etc. —

Gebrauchte

Flügel und Pianinos

(auch reparaturbedürftig) kauft in jedem Zustande zu höchsten Tagespreisen

E. Skladnikiewicz,

Klavierstimmer und Reparatuer

Beuthen O.S., Friedrich-Wilhelmstr. 6.

H. Schleier, Sohrau

empfeilt sich zum Abschluß

von

Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-,
Feuer-, Einbruchs-Diebstahl-
Versicherungen.

Telephon Nr. 12. — Postcheckkonto Breslau 8810.

Goldene Trauringe u. Ohrringe

in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei

Engelmann Sohrau, (Hilfsgewalt).

Billardbauer Blasczyk

— Hindenburg —

Billardreparaturen jeder Art.

Lager sämtlicher Billardartikel.

Weitere 4 Arbeiterinnen

können sich sofort bei uns melden.

A. Stern & Sohn

Dampfmühle, Sohrau.

Katholische Kleinkinderschule.

Der Unterricht beginnt wieder am Montag den 10. Mai und zwar vorläufig im Hause des ehemaligen Gerichtsschreibers neben der Krankenkassenanstalt.

Sohrauer Salonorchester!

Unter obiger Bezeichnung habe ich hierorts ein Streichorchester, bestehend aus ersten hiesigen Kräften gegründet, und empfehle mich dem geehrten Publikum von Sohrau und Umgegend bei Veranstaltungen von Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten, Bällen etc.

Hans Siekiera,

Orchesterleiter.

Mitglied des Deutschen Musikverbandes.

13 Fester Schöner

Brennholz (Kiefer)

sind ab Wald zu verkaufen. Preisangebote unter C. 99 postlagernd Warschau.

Empfehle täglich frische Backwaren

sowie

diverse Torten, Teegee-

: bäck, Kinderbiscuit's:

u. s. w.

Täglich Eis.

August Küffner,

Conditor.

Warnung!

Das Fahren in dem Kerlschen Wägenwägen ist bei Vermehrung der Unfälle verboten, dergl. werde ich jede Beschädigung oder das Herausnehmen von Wägen als Diebstahl anzeigen.

Hedwig Gebhard.

— Wünschen Sie ein Fahrrad, —

das stabil, dennoch aber leicht und gefällig

gebaut ist, dann wählen Sie die

Triumph 14

— das preisgünstigste Rad der Räder. —

Einzigster C. Bartetzki, Sohrau

Vertreter: C. Bartetzki, Aug.

Es sind billige Bausätze für Fahrräder,

Maschinen v. sämtl. Ersatzteile.

Mehrere Fensterflügel

(einschließlich der verglasten), sowie

1 gut erh. großer Eisschrank und

zwei Stück Trockentrocken

sich zum Verkauf.

Hotel „Zur Post“, Sohrau.

Eingut erhaltener brauner Anzug

und ein Herrenhut

sind zu verkaufen.

Frau Konieczny,

Hinterhaus „Hotel zur Post.“

OSRAM die Lampe von Weltruf

Vervollkommen nach den grossen Erfahrungen der jüngsten Zeit.

OSRAMWERKE, BERLIN O. 17